

Pressemitteilung

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Ein Jahr Mindestsicherung – Eine Zwischenbilanz der sozialen Organisationen in Vorarlberg

Informationstag der Vorarlberger Sozialorganisationen am Donnerstag, 15. September, zu „1 Jahr Mindestsicherung“

Die Mindestsicherung hat in Vorarlberg im September des vergangenen Jahres die Sozialhilfe abgelöst. Ein Jahr nach der Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist es für die sozialen Organisationen Vorarlbergs – Caritas, Dowas, Institut für Sozialdienste, Kaplan Bonetti Sozialwerk und Vorarlberger Kinderdorf – an der Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen. Und diese fällt nicht nur positiv aus. Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung wurde jahrelang diskutiert. Schlussendlich wurde daraus nur eine minimale Verbesserung gegenüber der Sozialhilfe, zudem ist die Bevölkerung wenig informiert. Andererseits ist positiv zu vermerken, dass im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern in Vorarlberg die Wohnkosten in angemessenem Umfang weiterhin zusätzlich übernommen werden – so, wie in der früheren Sozialhilfepraxis. Sehr positiv ausgewirkt hat sich auch die Krankenversicherung für BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung.

Verstärkte Information

Die Sozialorganisationen des Landes erachten eine verstärkte Information über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung für wichtig und sinnvoll. Viele betroffene Bürgerinnen und Bürger wissen nicht, wem unter welchen Voraussetzungen die Bedarfsorientierte Mindestsicherung zusteht. Hier ist eine Informations-Offensive, wie bei der Wohnbauförderung, wünschenswert.

Österreichweite Schätzungen und Studien belegen, dass cirka 40 bis 50 Prozent jener Menschen, die Anspruch auf die Bedarfsorientierte Mindestsicherung, beziehungsweise die frühere Sozialhilfe haben, diese gar nicht in Anspruch nehmen, weil sie zu wenig informiert sind, oder auch aus Scham, sich an eine Behörde zu wenden. Dieser Umstand trage häufig zur Überschuldung der Betroffenen bei – Armut verfestigt sich dadurch bei diesen Menschen. Das bedeutet wiederum für die

Allgemeinheit ein erhöhtes Risiko, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt viel höhere Kosten zu tragen hat.

Deshalb haben die Sozialorganisationen eine gemeinsame Broschüre erstellt, die beim Informationstag am Donnerstag, 15. September, um 11 Uhr vor dem Bregenzer Landhaus präsentiert und in Folge an alle Gemeinden geschickt wird. Diese beantwortet kurz und bündig die wichtigsten Fragen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung. „Eine bessere Information bedeutet eine schnellere Hilfe“, erläutert der Sprecher der Initiative, Caritas-Fachbereichsleiter Michael Natter stellvertretend.

Die bundesweite Weiterentwicklung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wäre wünschenswert. Dabei könnten die bisher nicht berücksichtigten Anliegen der Sozialorganisationen wie die Einrichtung von einheitlichen Anlaufstellen nach dem One-Desk-Prinzip, eine Altersstaffelung der Beiträge für Kinder, sowie die Übernahme der Heizkosten wiederum diskutiert werden. Wichtig wären darüber hinaus gezielte zusätzliche Programme des Arbeitsmarktservices für Betroffene im Sinne einer aktiven Reintegration in den Arbeitsmarkt sowie die verstärkte Zusammenarbeit der Bezirkshauptmannschaften, Abteilung Soziales, und des AMS.

Aktuell gibt es in Vorarlberg rund 5.000 BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, zählt man die Familien dazu, sind gut 10.000 VorarlbergerInnen auf die Mindestsicherung angewiesen.

Aktionstag „1 Jahr Mindestsicherung“

Donnerstag, 15. September, 11 Uhr, Landhaus Bregenz
Für Interviews und Rückfragen steht beim Informationstag der Sprecher der Initiative, Caritas-Fachbereichsleiter Michael Natter, (Tel. 05522/200-1710, Mobil: 0664/8240029) gerne zur Verfügung.

Rückfragehinweis: Elke Kager, Abteilung Kommunikation, Caritas Vorarlberg,
Tel. 05522/200-1038, Fax 05522/200-1005, elke.kager@caritas.at,
www.caritas-vorarlberg.at